

Südwest Presse

Schwäbische Zeitung

27.04.16

Neu-Ulmer Zeitung

Pressebericht

Kampf gegen Zwangsprostitution

Neue Anlaufstelle für Frauen, die in Bordellen arbeiten müssen – Initiative will Debatte

ULM (m6) - Das Bündnis gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel wird in Ulm aktiv: Die bis zu 300 Prostituierten, die in Ulm und Neu-Ulm arbeiten, sollen ein Beratungs- und Kontaktangebot erhalten. In Städten wie Mannheim oder Freiburg haben sich solche Anlaufstellen etabliert. Die Gemeinderäte in Ulm und Neu-Ulm sollen in den kommenden Monaten entscheiden.

Die Ermittlungen wegen Zwangsprostitution gestalten sich nach Polizeiangaben schwierig. „Drohungen gegen Opfer oder ihre Angehörigen spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Tatsache, dass die meist ausländischen Opfer durch die Erfahrungen in ihrem Heimatland noch kein Vertrauen in die Polizei haben“, sagt ein Sprecher.

Vertrauen: An diesem Punkt will das Bündnis gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel ansetzen. „Wir gehen auf die Frauen zu, lernen sie kennen, sprechen mit ihnen“, beschreibt Constanze Thelen von der Aids-Hilfe Ulm/Neu-Ulm/Alb-Donau die Vorgehensweise. Sie spricht von der „aufsuchenden Arbeit“, der „Geb-Kommunikation“, die den Gang in die einzelne Bordelle vorzieht. Angst vor den Betreibern der Bordelle haben die Frauen von der Aids-Hilfe nicht: „Manchmal kommt man rein, manchmal nicht“, be-

schreibt Tanja Wöhrlé, „aber viele Betreiber sehen ihren Vorteil, wenn die Frauen sich über Gesundheitsprävention oder Zugang zu medizinischer Versorgung informieren.“

„Ulm darf nicht zur Bordellstadt werden“, forderte unlängst Stadträtin Helga Malischewski von der Freien Wählergemeinschaft. Wo ein Etablisement verhindert werden könne, müsse es verhindert werden. „Wenn ein Bordell mal da ist, ist die Gefahr da, dass es nicht richtig kontrolliert wird und dort Zwangsprostitution stattfindet.“ Die Stadt könne nach eigenen Angaben nichts dagegen tun. Denn in Gemeinden mit mehr als 35 000 Einwohnern seien Bordelle erlaubt.

Daneben geht es dem Bündnis aber auch darum, das Thema Zwangsprostitution heraus aus der Schmuddellecke und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. „Wir wollen eine öffentliche Diskussion“, sagt Dagmar Engels, SPD-Stadträtin.

Ein wichtiger Schritt sei bereits voriges Jahr erfolgt, als Stadträte sich im bulgarischen Ruse über Aktivitäten von Polizei, Staatsanwaltschaft, Politik und Nicht-Regierungsorga-

nisationen informiert hätten. Dieses Jahr soll das Thema beim Internationalen Donaufest auf die Tagesordnung gesetzt werden. Geplant ist eine Ausstellung der Organisation Terre des Femmes im Stadthaus sowie eine Podiumsdiskussion über Menschenhandel und die Rolle der Donauländer, aus denen viele Zwangsprostituierte kommen. „Wir wollen zeigen, unter welchen Bedingungen Prostituierte arbeiten und auch an die Freier appellieren, sensibel für das Thema zu sein“, beschreibt Diana Bayer vom Frauenbüro der Stadt Ulm Ziele.

Den Mitarbeitern der Aids-Hilfe ist aufgefallen, dass in jüngster Zeit verstärkt Freier anrufen und fragen, wie hoch denn die Ansteckungsgefahr mit dem HI-Virus bei den Prostituierten sei. Dem Bündnis geht es jedoch darum, dass immer mehr Menschen – Frauen wie Männer – beginnen, das System der Prostitution zu hinterfragen. Diana Bayer: „Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der es normal ist, zum Junggesellenabschied ins Bordell zu gehen?“

Das Thema gehöre dringend auf die politische Agenda, sagt Stadträtin Helga Malischewski von der Freien Wählergemeinschaft. „Ulm darf nicht zur Bordellstadt werden“ forderte unlängst Stadträtin Helga Malischewski von der Freien Wählergemeinschaft.

tin Karin Graf (CDU). Den Leuten müsse klar sein, was es bedeutet, wenn von Zwangsprostitution die Rede ist: „Es ist moderner Sklavenhandel.“

Beim Ziel, eine öffentliche Diskussion über das Thema Zwangsprostitution anzustoßen, ist die Stadt Stuttgart deutlich weiter als Ulm. Stuttgart hat eine provokante Kampagne gestartet, die an das Verantwortungsbewusstsein der Freier appellieren soll.

Auf großflächigen Plakaten heißt es beispielsweise „Kondome benutzt man, Frauen nicht“ oder „Nütten sind Menschen“. Jedem Freier müsse klar sein, dass Armuts- und Zwangsprostitution nicht zu dulden seien, sagte Stuttgarts OB Fritz Kuhn am Montag.

Dem Bündnis gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel gehören die Volkshochschule, die Aids-Hilfe, das Frauenbüro, die Gemeinderatsmitglieder Karin Graf (CDU) und Dagmar Engels (SPD), der Landtagsabgeordnete Jürgen Filius (Grüne), die ehemalige Landtagsabgeordnete Monika Stolz (CDU), „Terre des Femmes“ mit Solveig Senft und der ehemalige Polizeihauptkommissar Manfred Paulus an.

Bis zu 300 Frauen in fast 30 Etablissements

28 Rotlicht-Objekte gibt es in Ulm und Neu-Ulm, ein neues Laufhaus hat im Donautal gerade eröffnet.

„Hinzu kommen über das Gebiet der beiden Städte verteilt Wohnungen und Wohnheime, in denen meist illegal tätige Prostituierte ihre Dienste anbieten“, weiß Diana Bayer vom Frauenbüro Ulm.

Von 120 Frauen spricht die Polizei, die Mitarbeiter der Aids-Hilfe rechnen mit bis zu 300 Frauen.

Es geht um ein Millionen-Geschäft, der Umsatz allein in Ulm und Neu-Ulm dürfte sich auf einen fast dreistelligen Millionen-Euro-Betrag pro Jahr belaufen.

Das Milieu ist fest in Händen der Rocker und ihnen nahestehenden Gruppierungen: der Bandidos, der Black Jackets, der Blue Rock Machinés und die rivalisierenden United Tribuns.

Rund 65 Prozent der Prostituierten kommen aus Osteuropa, sie stam-

men vor allem aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Sie gehören häufig Minderheiten an.

Familienangehörige oder so genannte Lover Boys, die ihnen Gefühle im Gegenzug für Einnahmen vorgaukeln, begleiten die Frauen häufig.

In Deutschland angekommen, nehmen die Zuhälter den Frauen die Pässe ab. Deshalb müssen sie nicht nur die Ausgaben für ihr Zimmer im Bordell von rund 140 Euro am Tag erarbeiten, sondern auch die Unterkunft und Verpflegung für ihre Begleiter. In Schritten von etwa 30 Euro pro Dienstleistung nähern sich die Frauen den Summen, die sie täglich zusammenbringen müssen.

90 Prozent von ihnen sind nicht krankensichergestellt: „Dadurch haben sie keinen oder nur einen deutlich erschwerten Zugang zu medizinischen Angeboten“, sagt Diana Bayer. (m6)



Prostituierten wie diesen Frauen will jetzt ein Bündnis gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel helfen. FOTO: DPA



Kommen

Von Ludger Möllers

Ulm darf nicht länger wegschauen

Lange, viel zu lange, hat die Ulmer Stadtgesellschaft zum Thema Prostitution nicht nur geschwiegen, sondern das Rotlichtmilieu und damit modernen Menschenhandel mitten in der Stadt toleriert. Man hat zugesehen, wie entlang der Blaubeurer Straße und in den Neu-Ulmer Gewerbegebieten ein Etablisement neben dem anderen eröffnet hat. Offensichtlich können auch in besten Wohnlagen einschlägige Clubs bestehen. Ulm und Neu-Ulm gehören zu den wenigen Städten, in denen Prostitution nicht in Schmuddelcken oder Gewerbegebieten, sondern auf dem Präsentierteller stattfinden darf. Der gern zitierte Slogan der „Internationalen Stadt Ulm“ bekommt eine besondere Bedeutung, wenn man die Herkunftsländer der Prostituierten aufzählt...

Richtig ist auch: Prostitution entsteht dort, wo es genügend Nachfrage nach Sex gibt. Und diese Nachfrage besteht in Ulm zweifellos. Ein Verbot der Prostitution führt nur dazu, dass sie sich an anderer Stelle ausbreitet. Aber nach Ansicht von Sozialarbeitern können Freier und damit auch Polizei wie Verwaltung erkennen, ob eine Prostituierte unter Zwang steht. Sie sollten sich fragen, ob sie genügend Deutsch spricht, Geschäfte tätigen kann, volljährig ist und ihren Körper freiwillig verkauft.

Das Bündnis wird nicht die Moralkeule schwingen, sondern vor allem die Situation der Frauen verbessern, die der Armut ihrer Heimatländer entfliehen wollen und in den Fängen der Zuhälter landen. Die Gemeinderäte sollten die Gelder schnell bewilligen, damit Ulm und Neu-Ulm ihren Ruf als „Zentralpuff Süddeutschlands“ nicht weiter festigen. Konflikte mit den Zuhältern werden nicht ausbleiben: Ihnen geht es um Millionen. Der Gesellschaft muss es um die Menschenwürde gehen.